

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stätting, verantwortl. Redakteur: F. Bacplow, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Rechts-Anzeigen für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A. Zeitungs-Preisliste Nr. 3338.

## Verbandsmitglieder! Zählt die Verbandsbeiträge bis zum Jahresabschluss, bevor es Winter wird!

Inhalt: Zur Eröffnung des Reichstages. — Der deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Sammlungen und sonstige Bewegung. Ein Stimmungsbild über die Situation im Berliner Baugewerbe. Die Entwicklung unserer Organisation im Bezirk Karlsruhe. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterdünne, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen: Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingangsenergie. — Briefkasten. — Streifenrechnung. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Schleswig-Holstein:

Laboe (Sperre über Stölting), Holtenauer (Sperre über Schölze), Ochsenzoll (Sperre über Kummerfeld), Nienborf a. d. Ostsee (Sperre über den Unternehmer Harß);

##### Mecklenburg:

Alt- und Neustrelitz, Fürstberg (Maurer ausgesperrt);

##### Pommern:

Swinemünde-Ahlbeck-Beringsdorf (Maurerstreik);

##### Ost- und Westpreußen:

Königsberg (Sperre über Colberg & Co. früher Karnowski), Gumbinnen (Sperre über Gebat), Danzig (Sperre über Reichenberg);

##### Prov. Posen:

Bromberg (partieller Streik);

##### Schlesien:

Breslau (Sperre über Baumgart wegen Maßregelung);

##### Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby (Aussperrung der Maurer), Magdeburg (Sperre über Wille, früher Dräbe & Engelmann), Stassfurt (Differenzen);

##### Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauten der Unternehmer Risse & Lingsloben aus Halle, Berndt aus Dresden und Marion in Leipzig), Mügeln b. Dresden (Sperre über Demmler);

##### Hannover:

Emden (Streik);

##### Rheinprovinz:

Crefeld, Oberhausen, Bonn (partielle Streiks).

### Zur Eröffnung des Reichstages.

Später, als nach Lage der Dinge allgemein erwartet worden ist und im Interesse der legislativen Tätigkeit geboten erschien, ist die Einberufung des Reichstages erfolgt — zum 8. Dezember. Ueber die Gründe dieser auffälligen Verzögerung verlaublich in der Presse mancherlei, aber eine zuverlässige Erklärung dafür ist bis jetzt nicht gegeben worden.

Wenn unseren Lesern diese Nummer unseres Blattes zugeht, wird die feierliche Eröffnung des Reichstages und seine Konstituierung, Präsidentenwahl etc. erfolgt sein. Er bietet ein anderes Bild als sein Vorgänger. Die Neuwahlen haben Veränderungen im Stärkeverhältnis der Fraktionen gebracht und zwar zum Teil sehr erhebliche, die hauptsächlich das bedeutende Anwachsen der Zahl der sozialdemokratischen Mandatäre schärf in der Erscheinung treten lassen. Am Ende der letzten Legislaturperiode zählte die sozialdemokratische Fraktion 58 Mit-

glieder; jetzt, zu Beginn der XI. Legislaturperiode tritt sie mit 80 (von den 81 Abgeordneten unserer Partei ist einer, Genosse Hofmann-Neichenbach, inzwischen mit Tode abgegangen) Mitgliedern in den Reichstag ein, während die Fraktionen der übrigen Parteien zum Teil mit knapper Not ihren früheren Bestand behauptet, zum Teil eine Verjüngung ihrer Mitgliederzahl erfahren haben.

Hätten wir im Deutschen Reich ein durchaus gerechtes Wahlsystem, das Proportionalwahlsystem, so würde jetzt die Sozialdemokratie im Reichstage noch erheblich stärker bestehen. Die Stärke der Fraktionen würde sich folgendermaßen stellen:

|                            |     |     |     |
|----------------------------|-----|-----|-----|
| Konservative Partei        | 89  | Mit | 55  |
| Reichspartei               | 13  | "   | 22  |
| Nationalliberale Partei    | 55  | "   | 52  |
| Freisinnige Vereinigung    | 13  | "   | 9   |
| Freisinnige Volkspartei    | 22  | "   | 21  |
| Deutsche Volkspartei       | 4   | "   | 6   |
| Zentrumspartei             | 78  | "   | 100 |
| Polen                      | 14  | "   | 16  |
| Dänen                      | 1   | "   | 1   |
| Wälsen                     | 4   | "   | 6   |
| Estländer                  | 5   | "   | 10  |
| Antiklerikale              | 10  | "   | 9   |
| Christlich-sozialer Partei | 2   | "   | 2   |
| Bund der Landwirte         | 6   | "   | 3   |
| Süddeutscher Bauernbund    | 6   | "   | 3   |
| Sozialdemokraten           | 128 | "   | 81  |

So mühte die Parteigruppierung im Reichstage aus, wenn dort jede Partei ihrer wirklichen Stärke, der Zahl der für sie bei der Wahl abgegebenen Stimmen entsprechend, vertreten wäre. Jetzt hat die Sozialdemokratie 45 Vertreter zu wenig und das Zentrum hat 22 zu viel. Aber diese künstlich erreichte Verhältnisse des Stärkeverhältnisses der Parteien in der Vertretung der Reichstag die Bedeutung der Tatsache nicht beeinträchtigen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten resp. Kandidaten 3010 756 Stimmen auf sich vereinigt haben. Und auch daran möchten wir erinnern, daß der Sozialdemokratie der Gewinn von etwa 24 weiteren Mandaten in der Stichwahl nur durch den Zusammenschluß sonst einander feindlich gegenüberstehender Parteien unmöglich gemacht worden ist.

Geht auf das Vertrauen der mehr als drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, zu denen noch viele Millionen weiterer Wähler kommen, wird die sozialdemokratische Fraktion mit bewährter Pflichttreue und Entschiedenheit ihre parlamentarische Tätigkeit ausüben. Ein großer Teil der Aufgaben, die der Reichstag zu erledigen haben wird, ist schon lange bekannt. Die gewaltigen Kämpfe, die am Schluß der letzten Session um den Zolltarif geführt wurden, werden noch ein wichtiges und bedeutsames Nachspiel haben. Es handelt sich um die Frage der Handelsvertragspolitik, die mit der Zollpolitik in sachlichem und organischem Zusammenhange steht. Nochmals wird das unheilvolle sogenannte „Schußwörterchen“, das den Agrariern ein Privilegium sichert, Gegenstand ohne Zweifel sehr umfangreicher und heftiger Debatten sein. Die Sozialdemokraten werden sich nach Kräften bemühen, den völligen Sieg dieses Systems zu verhindern; sie werden auf einer gesunden dem Volksinteresse entsprechenden Handelsvertragspolitik bestehen, mit welcher der angenommene Zolltarif untereinander ist. Die oppositionellen bürgerlichen „Volkvertreter“, selbst die „freisinnigen“ Minister der Coalition, sind in dieser Sache höchst unsichere Kantonten; es ist kein Verlaß auf sie. Um so energischer werden die Sozialdemokraten vorgehen müssen.

Auch der Reichshaushaltsetat wird zu härteren Auseinandersetzungen Anlaß geben. Da stehen in erster Linie zahlreiche militärische Fragen. Neue Militäraufgaben, neue erhebliche Mehrausgaben für das Meer-

und die Marine stehen in sicherer Aussicht. Und dazu die schlechte Lage der Reichsfinanzen, die die Regierung im Bund mit den reaktionären Parteien durch Festsetzung neuer indirekter Steuern abstellen möchte! Der Etatsentwurf rechnet mit einer Einnahme des Reichs aus Zöllen, Verbrauchsabgaben und Abversen von M. 811 692 980 oder M. 1 490 100 mehr als im Vorjahre. Davon sollen die Zölle allein nahezu 500 Millionen, die Salzsteuer 50 000 000, die Zuckersteuer 105 822 000 Mark erbringen.

Mit größter Spannung erwartet man in den weitesten Volksteilen allgemein die Debatten, welche beim Etat — und zwar schon in der Generalberatung, aber das schmachvolle, die Ehre der Nation vor der ganzen Kulturwelt schändende Unwesen der Soldatenmishandlungen, das in letzter Zeit wieder geradezu furchtbar um sich gegriffen hat. Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag seiner Pflicht genügt, dieser Schmach ein Ende zu machen, die Ehre unseres Volkes davor zu behüten, von militärischen Vorgezogenen in empörender, nicht selten geradezu barbarischer und blutiger Weise im Namen der „Disziplin“ mißhandelt zu werden. Bei dieser Gelegenheit wird das ganze militärische System, das solche Schandthaten möglich macht, sowie auch die Militärjustiz und das Militärstrafgesetz ge-

fährende Kritik erfahren. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die Sozialdemokraten auch die Notwendigkeit grundsätzlicher Reform des bürgerlichen Strafrechts und der bürgerlichen Strafjustiz zur Sprache bringen werden. Und ohne Zweifel wird dabei besonders der Teil der Straflustiz, welcher die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und Organisation betrifft, eine Rolle spielen. Auf diesem Gebiet, in Streikprozessen etc., sind ja in letzter Zeit wieder wahre Ungeheuerlichkeiten passiert, Ausgeburt einer Klassenjustiz, die wieder ein moralisches noch gesetzliches Recht der Arbeiter anerkennt.

Dazu kommt die Frage der Sicherstellung des Koalitionsrechtes der Arbeiter! An neuen insamen Angriffen auf dieses Recht von Seiten der Verschönerer der Unternehmerinteressen wird es nicht fehlen. Auch ist es nach unserem Ermessen nicht ausgeschlossen, daß von gewisser Seite wieder der Versuch gemacht wird, dieses Recht gänzlich zu vernichten. Der Geist der Zuchtlosigkeit, der vorläufige lebt noch! Obgleich es nach Wunsch und Willen der „Ordnungsparteien“, so würde auf dem Gebiete der Arbeiterfrage die Gesetzgebung nichts mehr gelingen, fänden die Arbeiter so „unbarmherzig“, sind die „Wohltäter“ der reaktionären Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik „nicht zu wärigen“. Mit noch größerer Kraft wird die sozialdemokratische Fraktion auf grundsätzliche sozialpolitische Reformen dringen, wobei die Frage des Bauarbeiter-schutzes, gebührend berücksichtigt werden dürfte; so freigestellt auch die alte Forderung der Bauarbeiter-schaft, sie an der regelmäßigen amtlichen Bauarbeiterkontrolle zu beteiligen. Dieser Forderung Bedenken zu tragen, wäre der Reichstag im Zusammenhang mit der Frage der Gewerbe-Inspektion im allgemeinen umso mehr verpflichtet, als von den bundesstaatlichen Regierungen jumeist nichts in dieser Richtung zu erwarten ist.

Ein hervorragendes Spezialinteresse haben unsere Berufsgenossen ferner an der Erzielung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Sicherung der Bauarbeiter, der dem Reichstage wieder zugehen soll.

In Verbindungen der „Arbeiterfreundlichkeit“ der sogenannten „Kantabehaltenden“ Parteien in glatten und heuchlerischen Worten wird es auch jetzt wieder nicht fehlen. Die

werden abermals erleben, daß dieselben Ordnungsmänner, die ununterbrochen darauf bedacht sind, die Arbeiterklasse zu entzweien, zu ununterbrochen und rücksichtsloser Ausbeutung zu überantworten, so dummdreht sind, glauben machen zu wollen, daß alles, was sie tun und lassen, im Interesse der Arbeiter" ist.

Und ebenso wird der mittelhändepolitische Schwindel wieder-öppig ins Kraut schießen. Konterpointe, resp. agrarische Wälder haben schon angekündigt, daß ihre Parteien, diesmal mit besonderem Eifer im Reichstage vorgehen werden, damit "etwas zu Gunsten des Mittelhandes" geschehe. Uns kann es recht sein, denn um so eher werden diejenigen kleinen Gewerbetreibenden, die noch an diesen Schwindel glauben, von diesem Röhrliegenlaube gepöbel werden.

Wir werden nachher, wie früher, so auch fortan unsere Leser über alle wichtigen parlamentarischen Verhandlungen, Gelegenheitsreden, Petitionen etc. informieren.

Das Interesse der Arbeiterklasse wird sich selbstverständlich hauptsächlich auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion konzentrieren. Von ihr allein ist ein energisches Eintreten für die Rechte, die Freiheit, die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes zu erwarten.

## Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.

### (Bericht über die fünfte Generalversammlung.)

Stuttgart, den 26. November.

Nach einer längeren Erörterung über die Zulassung der Deutschen, die schließlich in beschränktem Maße beschlossen wurde, erstattete der Bundesvorstand, Fellisch-Verlin, den Jahresbericht. Darnach sind dem Bunde 10 neue Ortsverbände mit 288 Mitgliedern beigetreten. Der Bund umfaßt nunmehr 8 Landesverbände und 97 selbständige Ortsverbände, die 6885 Mitglieder zählen (im Vorjahre 6300). Eine Reihe von Ortsverbänden stellte ihren Anschluß in Aussicht. Es bestehen noch außerhalb des Bundes 82 Verbände mit etwa 1600 Mitgliedern. Der Beschluß bezüglich der Kontrolle der Bauten durch Arbeiter wurde wegen des frühzeitigen Schlußes des Reichstages und des preussischen Landtages dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten unterbreitet. Eine Eingabe bezüglich der Einführung einer Streiktafel in den Bau- und Verleihungsverträgen, sowie der Verjährung gegen Arbeitslosigkeit konnte nicht mehr vor sich gehen. Der Vorstand geht damit um, einen Arbeitsauschuss einzurichten. Ueber die Erziehung fremder Arbeiter bei Streiks und Aussperrungen setzen in vielen Städten seine günstigen Erfahrungen gemacht worden; die Verschaffung fremder Arbeiter werde sich immer schwieriger gestalten. Einmal werde es den Gewerkschaften bei der freien Erklärung ihrer Organisationen immer leichter, die Arbeitswilligen aus den Streikgebieten wieder hinauszuweisen, Johann würden die Arbeitswilligen durch die Gefahren für Gesundheit und Leben, die sie durch das brutale (?) Vorgehen der Streikenden bedrohen, abgelenkt. Ferner hätten die Maurer in einzelnen Provinzen, z. B. in der italienischen Provinz Livorno, Neutralisationsverein geschaffen, die die Arbeiter von den Streikorten abziehen. Einige Kolonnenführer hätten sich von vornherein dagegen erklärt, Streikbrecherdienste zu übernehmen. Ferner würden die fremden Arbeiter nach Beendigung des Streiks meist sofort oder in kurzer Zeit wieder entlassen, oder es sei ihnen bei der Anwerbung nicht mitgeteilt worden, daß es sich um Arbeiten in Streikorten handelte, was zu unangenehmen Streitigkeiten geführt habe.

Die Verleumdung der Viten der Streikenden habe sich nach dem einmütigen Urteil des Vorstandes nicht bewährt. Die Ansicht des Vorstandes geht dahin, daß Anzeigen über das Handeln von Arbeitern in Deutschland zu vermeiden und die Arbeiter aus dem Ausland heranzuziehen sind. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit den Worten: "Der deutsche Arbeitgeberbund ist noch nicht so stark, daß er bei etwa eintretenden Streiks und sonstigen Streitigkeiten die Entscheidung herbeiführen kann; die Hauptarbeit bei Streiks ist in den Ortsverbänden zu verrichten. Der Bund als solcher wird noch viel nicht durchziehen können. Die erste Forderung ist die, daß streikende Arbeiter in anderen Orten nicht beschäftigt werden. Ist dies nicht durchzuführen, so wird es zur geistigen Erhaltung des Bundes niemals kommen.

Ueber den Verlauf der diesjährigen Arbeitseinstellungen im Baugewerbe, erstattete Johann die amnestierenden Vertreter aus den Streikorten Bericht. Noack-Dresden gab dem Wunsch Ausdruck, daß die von den einzelnen Verbänden mit den Arbeitern abgeschlossenen Vereinbarungen einer Beurteilung des Bundes unterzogen werden, um künftige Fehler zu vermeiden. Der Tarifvertrag in Dresden, der mit der gewerkschaftlichen Organisation geschlossen wurde, habe sich bis jetzt bewährt. Es können zwar Abweichungen auf beiden Seiten vor, doch würden diese endlich beigelegt. Seit Abschluß des Tarifvertrages sei der Mitgliederstand des Arbeitgeberverbandes beträchtlich gestiegen, weil die Gewerkschaften die vom Arbeitgeberverbande nicht angehörigen Unternehmer sperren und sie geringere Löhne zu zahlen. Das sei nicht unbedenklich, da der Abschluß eines neuen Tarifvertrages die Arbeiter eine Handhabe besäßen, darauf hinzuwirken, daß höhere Löhne bereitgestellt werde. Wenn man in einen Streik oder eine Aussperrung verwickelt werde, so solle man womöglich lieber die Arbeit in ein Geln begründete unter, lebendiger heranziehen. Hieran eine Haltung der Geln Unternehmer gegen Einigungsversuche des Gewerkschaften. Wenn man sich damit einverstanden erkläre, dann sei es 30 % ihrer Angehörigen. Es würden ihnen dann 50 % ihrer Angehörigen Forderungen gestellt. Aus dem Geln Tarifvertrag gab der Redner eine Bestimmung hervor, wonach die Vertragschließenden zugewiesen sein sollten, bei Streiks dahin zu wirken, möglichst bald den Frieden herbeizuführen. Diese Verpflichtung habe aber nur der Baugewerkschaft Geln, der Arbeitgeberverband aber vermöge zu tun, was er wolle. Es habe sich ein rheinischer Provinzialverband für das Baugewerbe gebildet, um die Nacharbeiten zu organisieren.

sich beschließen müßten, Streikende aus Streikorten nicht zu beschäftigen. Größer-Mainz und Watz-Strasburg berichteten in der Hauptsache nur über den Verlauf der einzelnen Streiks. Größer teilte mit, daß man grundsätzlich auf dem Standpunkt geblieben hätte, keinen Tarifvertrag abzuschließen. Ritter-Gassel forderte eine Änderung in der Kampfmethode: Man müsse die Aussperrungen im großen Maßstab organisieren, indem man sie auf die ganze Provinz und die Nachbarprovinzen ausdehne. Er schloß hierbei den Weg vor, daß, nachdem der Ortsverein sein möglichstes zur Schlichtung der Streitigkeiten getan habe, er sich an den Landesvorstand wende. Dieser müsse mit dem Zentralverband der Arbeiter verhandeln. Wenn auch dieser Schritt gescheitert sei, solle die Aussperrung erfolgen. Dann aber in weitem Umfang! Damit erreichte man, daß die Streiks höchstens 8-14 Tage dauern würden. Wenn das einmal durchgeführt sei, daß der ganze Arbeitgeberbund den Verbänden Schutz gewähren könne, so würden sich die Arbeiterverbände bilden, mit ihm anzubinden.

Die weiteren Ausführungen zu diesem Punkt waren belanglos. In der Errichtung eines Arbeitsausschusses lagen Johann folgende Anträge vor: Die Arbeitgeberverbände der Provinz Brandenburg beantragten:

Zur Entlastung des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe einen Arbeitsauschuss bezw. Bezugsauschuss einzurichten, der bei Eintritt von Arbeits-einstellungen mitwirken eingreift und den betroffenen Ortsverbänden durch eine geeignete Vermittlung direkt vermittelte.

Sodann beantragte zu der gleichen Frage der Verband der Baugewerke von Berlin und den Vororten:

Die Generalversammlung wolle beschließen: Zur Verlegung der Geschäftstätigkeit, insbesondere zu einer regeren Initiative des Bundes, wird ein geschäftsführender Ausschuss eingesetzt. Dieser soll aus dem Vorsitzenden und möglichst aus Vertretern größerer Verbände bestehen und direktjährlich einmal zusammen-treten.

Dieser Antrag wurde vom Vorstand empfohlen und folgende Zusammenfassung des Arbeitsausschusses vorgeschlagen: Ausßer dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes sollen vertreten sein Berlin, der Provinzialverband Brandenburg, Hamburg, München, Leipzig, sowie - nach einem Antrag aus der Versammlung - der Mitteldeutsche Arbeitgeberbund mit dem Sitz in Frankfurt. Die Anträge wurden angenommen.

Ueber Arbeitsnachweise und Entlassungs-sachen berichtete Lummerz-Jamburg. Es sei die Aufgabe des Arbeitgeberverbandes, in seinen Arbeitsverhältnissen Ordnung zu schaffen. Die Gründung von Arbeitgeberverbänden sei überall, auch in den kleinste Städten, notwendig, und davon anknüpfend müsse die Gründung von Arbeitsnachweisen folgen. Diese gebühren jedoch in die Hände der Arbeitgeber. Jeder Arbeiter zu beschäftigen habe, brauche sich von Dritten nichts in seinen Betrieb hinein reden zu lassen. Er werde nicht an zu erklären, daß es in Hamburg gelungen sei, eine Reihe von Agitatoren durch den Arbeits-nachweis von den Bauvätern zu entfernen. Unbedingt notwendig sei ihre obligatorische Einführung. Auch sollte allertrotz darauf gebrungen werden, daß nur Arbeiter mit vollständigen Scheinen eingestellt werden. Nur dadurch könnten sie der Zeit geordnete Verhältnisse geschaffen werden. (Beifall.)

Der Antrag des Vorstandes lautet: "1. Es sind unparthäische Arbeitsnachweise erstrebenswert. 2. Es ist mahnens-wert, daß alle Arbeitnehmer von Arbeitsnachweisen bezogen werden. In großen Städten wird man jedoch nachgeben müssen, daß Arbeitgeber die Leute direkt annehmen können, daß sie aber hier von dem Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen haben. 3. Die Arbeitsnachweise müssen die Verpflichtung übernehmen, keine Leute aus Streiks oder Sperrorten einzustellen."

Betreffend Einführung von Arbeitszeugnissen, hat der Bundesvorstand der Generalversammlung folgenden Antrag unterbreitet: Kein Arbeitgeber des Baugewerbes darf einen Arbeiter entlassen, ohne ihm das gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeugnis auszuhandigen. Jeder Arbeitgeber des Baugewerbes hat die Pflicht, nur solche Arbeiter einzustellen, welche im Besitze eines Arbeitszeugnisses über ihre letzte Beschäftigung sind.

Es entspann sich nun über diesen Punkt eine ausgedehnte Erörterung. Bauer-Vremen führte aus: Man müsse hier von dem Besserer lernen, unser Standesbewußtsein hochhalten und Schalter an Schalter vorgehen. Die Einführung der Entlassungsscheine sei eine unabwendbare Notwendigkeit. In die Hände der Arbeitgeber hat gegen die Fassung des Antrages des Vorstandes gewisse Bedenken. Die ausdrückliche Verpflichtung, nur Arbeiter mit Entlassungsscheinen einzustellen, könne keinesfalls übernommen werden. Man könne sonst in die Gefahr, unter Umständen überhaupt keine Arbeiter zu beschaffen. Mit dieser Bestimmung komme man leicht in Streitigkeiten mit den Vorstandsverbänden. Form u. Inhalt widersprach dieser Auffassung. Ein Verbot müsse unbedingt gemacht werden. Die Lage für die Arbeitgeber günstiger zu gestalten, sei der Entlassungsschein das beste Mittel. Es sei von großer Bedeutung, daß hierdurch, besonders bei Streikzeiten, die Herkunft der Arbeiter kontrolliert werden könne. Vemann-Vremen betonte, daß in Bremen die Entlassungsscheine schon seit zehn bis zwölf Jahren mit gutem Erfolg eingeführt seien. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde der Antrag des Bundesvorstandes mit großer Mehrheit angenommen.

Den Kassenbericht erstattete C. Jurth-Brandenburg. Die Einnahmen betrugen vom 1. Januar bis 6. November d. J. insgesamt M. 24 678.43; die Ausgaben M. 17 627.81, Bestand bar M. 7446.62, in Wertpapieren M. 25 119, auf M. 32 765.65, Der Boranschlag für das laufende Jahr beläuft sich auf M. 11 600.

Hierauf wurde zur Beratung der eingelaufenen Anträge geschritten. Der Verband von Dresden beantragte die Anstellung eines Geschäftsführers. Richten-Dresden beschworerte den Antrag und legte die Gründe dar, die den Dresdener Ortsverband zu seiner Stellung geführt haben. Die Tätigkeit des Vorstandes habe verschiedentlich zu Kritik Anlass gegeben. Um hier Wandel zu schaffen, sei die Anstellung eines Geschäftsführers, der ausschließlich die Verbandsgeschäfte zu besorgen hätte, nicht zu umgehen. Fellisch wies die Kritik der Dresdener ab und begründete mit Entscheidungsrecht zurück. Es seien keine Verpflichtungen vorgelommen. Ganz terecht sei es auch, viele vermeintlichen Mängel der letzten Geschäftsführung als Grund für die Anstellung

eines Geschäftsführers ins Feld zu führen. Ein solcher sei für die praktische Realisation zweifellos unzulässig. Ein Antrag, die Frage der Anstellung eines Geschäftsführers einer Kommission zu überweisen, wurde abgelehnt. Herr v. Frankfurt brachte eine Erklärung ein, in der dem Vorsitzenden volles Vertrauen ausgesprochen wurde. Diese wurde jedoch auf Wunsch des Vorsitzenden zurückgezogen. Noack-Dresden legte die näherein Maßnahmen dar, auf Grund derer der Dresdener Verband zu seinem Besten berechtigt gewesen sei. Der Vorsitzende erwiderte hierauf nochmals und bat, die Sache abgelaufen sein zu lassen. Die Versammlung sollte den Ausführungen des Vorsitzenden lebhaften Beifall, und es wurde ausdrücklich betont, daß dem derzeitigen Vorstand volles Vertrauen entgegengebracht werde. Der Dresdener Antrag wurde dem Ausschuss über-wiesen. Unwesentliche Erörterung gelangte sodann ein Antrag des Berliner Verbandes zur Annahme, wonach ein all-jährlicher Jahresbericht herausgegeben werden soll; ferner soll der Vorstand gehalten sein, eine vergleichende Zusammenstellung der im deutschen Baugewerbe geltenden Tarifverträge auszu-arbeiten.

Den letzten Beratungsgegenstand, der eine längere Erörterung veranlaßte, bildet dann der von den Verbänden der Provinz Brandenburg und dem Verband Stuttgarter gestellte Antrag:

In der Generalversammlung eine Aussprache herbeizuführen über die Wirkung und den Wert von Tarifverträgen. Diesem Antrag wurde stattgegeben. Ullrich-Wiesdam legte den Tarifverträgen einen großen Wert bei. In Berlin z. B. würden die Abmachungen häufig durchbrochen und Löhne von 70 % für die Stunde bezahlt, also höhere als der Tarif vorschrift. Nicht-Draufschweigen war der Meinung, daß noch den bisherigen Erfahrungen ein abgelohtes Urteil nicht möglich sei; er sei deshalb für Veranlagung der Beratung.

Varch-Stuttgart sprach bevestigungsweise für die Tarifverträge. V. u. L. Stuttgart hob hervor, daß für Württemberg kein einheitlicher Vertrag den Verhältnissen zu Grunde gelegt werden könne. Mit dem Abschluß des Vertrages in Stuttgart habe man jedoch keine schlechten Erfahrungen gemacht. Noack-Dresden trat ebenfalls für Tarifverträge ein. Ein Antrag, die Frage der Tarifverträge einer Kommission zu überweisen, wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Heuer-Verlin bezeichnet es als den Zweck der Tarifverträge, sichere Verhältnisse zu schaffen. Man könne jedoch sehrbedeutend nicht für ein ganzes Land die Sache nach einem Muster schließen. In Verlin seien es eben andererhalb des Verbandes lebende Firmen, die auf die tatsächlichen Verhältnisse keine Rücksicht nehmen. Wenn man in Bremen beachte, daß man mit Tarifverträgen zu langer Dauer schon schlechte Erfahrungen gemacht habe. Auch sollten die Verträge nicht in Sommer, wo dem Arbeitgeber durch die viele Arbeit die Hände gebunden seien, abgeschlossen werden. In Bremen habe man bei Abschluß des Tarifvertrages die neunmündigen Arbeitszeit mit Inkraft nehmen müssen. Ein Antrag auf Schluß der Erörterung wurde hierauf angenommen.

Zum ersten Bundesvorsitzenden wurde Fellisch-Verlin zum stellvertretenden Vorsitzenden Simon-Vieland wieder gewählt. In den weiteren Ausschüssen wurden gewählt: Klaus und Vahl-Verlin, Varch-Stuttgart, Klein-Sietum, Noack-Dresden, Schockel-Magdeburg, Thiemann-Göln, Pilscher-Frankfurt a. M., Fischer-München. Beschlossen wurde noch, daß die Dienstleistungen des Bundes in der Deutschen Arbeiterbewegung, in der Württ. Bewegung und in der Mitteldeutschen Bewegung erfolgen sollen. Als Ort für die nächste Generalversammlung wurden sodann Bremen, Hamburg, Magdeburg in Vorschlag gebracht. Gewählt wurde Magdeburg.

Welch gewaltiger Unterschied drängt sich schon von vornherein demjenigen auf, der das Leben auf Arbeiterkongressen kennen gelernt und nun einmal Gelegenheit hat, einer Veranstaltung der Arbeitgeber beizuwohnen. Schon in Bezug auf die Delegierten ein großer Unterschied. Auf den Kongressen der Arbeiter meistens Leute in den mittleren Jahren bis herunter zu dem jugendlichen Nachwuchs der jüngeren Jahre; auf dem Arbeitgeberkongressen fast gar keine jüngeren Leute, meistens Personen mit mittlerem Haar bis zum vollständig ergrauten Kopf. Auf den Arbeitertagen die volle Offenheit, auf den Untertagekongressen die unmittelbare Furcht vor fremden Ohren, wie sie sich auch legt in Stuttgart in dem Beschluß widerspiegelt, der kurz nach Gründung der Generalversammlung den vor der Tür in der Kälte harrenden wenigen Nichtdelegierten verbannt wurde: Die Vertreter der Presse sind ausgeschlossen, dagegen wird etwigen Verbandssekretären u. a. der Zutritt bewahrt. Diese Unbilligkeit erscheint uns um so weniger angebracht, als wir im Verlaufe der Verrichtung der Erziehung arbeiten müssen, daß das, was beiläufig für die Ohren der "Verbandssekretäre", Agitatoren, Geher, Anwärter etc. gefahrlos wäre, am vorhergehenden Tage in Vorstandsausschüssen und Ausschussbesprechungen, wie in Unter- und Vorkongressen" erledigt werden muß. Dazu unter solchen Umständen denn noch die Offenheit beizubehalten! Der glauben vielleicht die Herren Baugewerksmeister, für die Arbeitgeberkongresse ist es etwas Neues, wenn erklärt wird, daß vermehrt die Zahl der lieben Arbeitswilligen immer mehr zusammenzurückt, ja, daß sogar in der früher für die Arbeitgeber zu ergebendlichen italienischen Provinz-Verein eine lebhaftes Agitation gegen den Streikbruch betrieben wird, so daß sich ein immer größer werdender Teil der dort wohnhaften Maurer einfach weigert, in Deutschland den Vertreter ihrer Kollegen zu spielen. Es ist auch für die deutschen Bauarbeiter durchaus nichts Neues, daß der Arbeitgeberbund noch lange nicht so stark ist, daß er alle seine verpflichtenden Pläne in die Welt hinaus schleusen kann. Oder sollte es vielleicht etwas so wichtig heimlich sein, wenn Herr Ritter aus Gassel seinem Vorgesetzten den verpöhlenden Sommer und die perunglückte Gasse Aussperrung ein wenig die Zügel lockern läßt, indem er ganz einfach verlangt, daß in Zukunft die Schwarz-macherei noch in ganz anderem Maße betrieben werden müsse, daß sich in Zukunft nicht nur einige Orte den Unzins einer Aussperrung leisten sollen und nachher die Streiklosigkeiten dafür

\*) Wir, wir nachträglich von Teilnehmern der Generalversammlung erfahren, soll bei der Wahlprüfung über die Offenheit der Verhandlung von einer Ausnahme der Gewerkschaftssekretäre usf. gar keine Rede gewesen sein. Es scheint demnach die dahingehende Mitteilung an Vertreter der Presse auf einem Wink des Mittelteilenden beruht zu haben, der ebenfalls seinen persönlichen Wunsch damit Ausdruck geben wollte.



Die Jahresabrechnung lag schriftlich vor. Die Einnahme betrug M. 2208.08, die Ausgabe M. 3038.75, Bestand M. 189.84. In der Diskussion rügte der Kassierer Jäger die Nichtbeachtung der richtigen Adresse des Kassierers. Müller-Kubold hat bemerkt, daß man versucht habe, Sozialagitation zu betreiben, aber die Kollegen beschützten die Abrechnung. Das Eintausender der Beiträge in der Wohnung sei energetisch gut, habe aber schwachen Veranlassungsbereich. Lauterbach-Nordhausen betonte, daß Sozialagitation von großem Nutzen sei. Sie müsse von älteren Kollegen ausgeführt werden. Die Organisation gelte an Menschen; während sich die Meister früher bei Verhandlungen an den Feinde wenden, wenden sie sich jetzt an die Verbandsorganisation. Lauterbach betonte, daß Kassierer in den kleineren Ortschaften sei schwer; auch er sei Gegner der Anknüpfung der Gelder und empfehle wöchentliche Abrechnung. Die Hausagitation sei von großem Wert und besonders in den Städten müsse sie betrieben werden. Rinderbater-Mühlhausen: Daß in der Mitgliederbewegung eine so große Fluktuation herrsche, sei sehr bedauerlich. Dies müsse den Ansporn geben, die Kollegen in den ländlichen Orten mehr aufzuklären. Den einzelnen Zweigvereinen müsse mehr Geld zur Agitation zur Verfügung stehen. Hierauf wurde dem gesamten Gewandlohn Decharge erteilt.

Am Punkt 8: Agitation und Lohnbewegung, hielt Kollege Bömelburg das einleitende Referat; die Hausagitation und besonders die Feststellung der Zahl der Maurer in den einzelnen Orten sei von besonderer Wichtigkeit. Durch die Hausagitation erlangen wir Einblick in die oftmals traurigen Verhältnisse der Kollegen und zugleich eine Masse, den Kollegen zur Verbesserung seiner Lage anzuhelfen. Auch müssen wir die Maurer, die nicht in der Stadt arbeiten, organisieren. Die Agitation müsse systematisch betrieben werden. Einzelne Zweigvereine hätten auf diesem Gebiet gut gearbeitet, andere wieder nicht. Lohnforderungen hatten eingereicht: Arnstadt, Erfurt, Gienach, Weisbach, Sonneberg, Runderbater-Mühlhausen die Kollegen in Tümmen und ausgeübt waren die Kollegen in Gienach. Nicht der Zweigverein sei es, bei Lohnbewegungen den Gewandlohn hinauszuziehen und gemeinschaftlich über die Sachlage zu beraten (daher würden solche Schreiben, wie uns von Sonneberg vorliegt, verworfen werden). Man müsse die Arbeitsgegenstände untersuchen, die Zahl der Beschäftigten berücksichtigen und feststellen, wie viele Kollegen organisiert und bereit sind, in den Kampf einzutreten. Wenn so verfahren werde, könnte es nicht vollkommen, wie in Gienach, wo 80 Kollegen in Arbeit verbleiben. Unter solchen Umständen ist der Kampf von vornherein unklar. In der Diskussion verlangte Lauterbach, daß das Gesichtsbild besser bearbeitet werde. Lauterbach wünscht den Ausbau der Organisation besonders bei zu betonen, von wo die meisten Kollegen nach Erfurt zur Arbeit kommen. Reuter-Gienach betonte durch die Ausbreitung seien die inoffiziellen Kollegen der Organisation zuzuführen. Lauterbach sprach die Lohnbewegung als allgemeinen, freier die Hausagitation. Bömelburg: Aus den Berichten geht hervor, daß es an der Geschäftsleitung der Kollegen in Gau, denn sonst können solche Zustände, wie sie in Thüringen vorkommen, nicht vorkommen. Die meisten Thüringer Maurer hätten nicht den Mut, in den Kampf für die Organisation und damit für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten. Besonders nötig sei es, das ganze Land kräftig zu bearbeiten. Die Hausagitation müsse betrieben werden, jeder einzelne müsse seinen Nebenmenschen fragen: Bist Du im Verband? und im Falle der Verneinung zur Erwerbung der Mitgliedschaft anhalten. Wie es früher Brauch war, Einhand zu geben, so müsse jetzt das erste sein, daß der Kollege sein Verbandsbuch vorzeige. Die Lohnbewegungen sei es unerlässlich, daß man sich genau über alles notwendige informiere und daß sich alle Kollegen mit dem Streikreglement vertraut machen. Nach einigen weiteren Bemerkungen wurde die Diskussion über diesen Punkt geschlossen.

Anträge hatten gestellt: Coburg, Mühlhausen und Finsterbergen. Der Antrag Coburg wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Der Antrag Mühlhausen erledigte sich von selbst. Der Antrag Finsterbergen wurde dem Gewandlohn zur Regelung überwiesen. Das Gausregulativ wurde von der Konferenz genehmigt. Vor der Wahl des Gewandlohn wurde die Gesundheitsfrage geregelt. Wäher betrug das Gehalt des Gewandlohnenden M. 120 monatlich, es wurde um M. 10 pro Monat erhöht und soll jedes Jahr um weitere M. 10 pro Monat steigen bis zu der vom Verbandstag gewünschten Minimumgrenze von M. 150. Dem Kassierer bewilligte die Konferenz M. 25. Zum Gewandlohn vorkommenden wurde Kollege Schenk einstimmig wiedergewählt, bezugsnehmender Kassierer Jäger. Als Schriftführer bzw. Beisitzer wurden gewählt: Gahmann, Mähr und Lorenz, als Revisoren: Gopsi und Wittenbauer. Mit einem Dank an die Konferenzteilnehmer und einem Dank auf den Verband wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

Den Kollegen des Zweigvereinsbezirks Mhendorf soll Hermit aus Herz gelagt werden, die Versammlungen in Zukunft reger zu besuchen, als es bis jetzt in diesem Jahre geschehen ist. Haben die Kollegen noch nicht darüber nachgedacht, wie schwer es ist, ein Vokal zu erhalten, in dem die Arbeiter ihre Interessen beraten können? Es ist befremdlich, wenn man sieht, wie in einer Versammlung drei bis fünf Mann erscheinen. Da nun im ganzen Sommer keine Versammlung zu Stande gekommen ist, dürfte ich doch, die Kollegen hätten nun nachgedacht ein Bedürfnis, sich gegenseitig wieder einmal anzusprechen. Der haben die Kollegen verstanden, wie hier nicht nur die Meister, sondern auch vertriebenen Maurer ein Interesse daran haben, den Lohn zu verringern? Ich erinnere an den Bau der Pulverkraft, wo der Lohn mit einem Scholge von 40 auf 33 % herabgesetzt wurde. Dann der Einmütigkeit der Kollegen, wurde dieser erste Schlag durch die einseitige Sperre abgewehrt. Freilich ist es aber aufpassen, sonst wird es bei der jetzigen Bauhauerei den Meistern doch gelingen, den Lohn wieder dahin zu bringen, wo er vor acht bis zehn Jahren stand. Warum, Kollegen, kommt alle Mann zur nächsten Versammlung. Wert nicht den Grundstein, wenn ihn der Hilfskassierer bringt, auf den Gehalt, sondern legt ihn gründlich durch. Da jetzt auch die Zeit bald vorbei ist, wo es Sonntag etwas zu schwärzen gibt, so werden jeden dritten Sonntag in Monat wohl einige Stunden übrig sein zum Besuch der Versammlungen. Unsere jetzige Tätigkeit wird jagar von der Kolleg ist so gering eingeschätzt, daß sie es nicht mehr für nötig hält, unsere Versammlungen zu überlassen. Da nun ein Teil der Maurer für unsere Sache schwer zu haben ist, möchte ich doch die über-

zeugten Kollegen bitten, recht schnell zu agieren, damit wir Fortschritte machen. Zwar hätte der Zweigverein am Ende des dritten Quartals acht Mitglieder mehr, als im vorhergehenden, dieses haben sich aber die alten Mitglieder nicht zugeschieben, sondern die Kollegen sind aus eigenem Interesse und aus eigener Überzeugung gekommen. Wenn jeder so agitierte, wie er seine Beiträge bezieht, so hätten wir wohl einige Mitglieder mehr. Am 20. Dezember ist die nächste Versammlung. Die Verbandsblätter sind zwecks Abstimmung mitzubringen.

Sonntag, den 22. November tagte in Bergen a. R. eine öffentliche Bauarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: Mißstände im Baugewerbe und Verschiedenes. Der Vorstand des Zweigvereins hatte in der vorhergehenden Woche eine Baueinleiherkonferenz veranstaltet. Ueber ihren Verlauf und die dort gefundenen Mißstände berichtete Kollege Albert Vogel. Ermittelte wurden 19 Neubauten und 8 Durch- resp. Anbauten, wobei 8 Poliere, 81 Gesellen, 38 Arbeiter und 15 Bedienstete beschäftigt waren. Außerdem waren bei ermittelten Bauwerken 8 Poliere und 1 Lehrling beschäftigt. Davor sind organisiert 7 Poliere, 84 Gesellen und 27 Arbeiter; unorganisiert 1 Polier, 6 Gesellen und 9 Arbeiter. Beim Unternehmer Chr. Jaschund, Bau Kramer in Bergen, besteht die Baubauweise gänzlich. Die Arbeiter aushien auf dem Geschäftsfeld im Lagerraum ihre Privatzeilen einnehmen. Beim Unternehmer G. Jaschund, Bau Viehlauf in Bergen, ist die Baubauweise im Keller des Neubaus; sie war nicht bezugsfähig. Beim Unternehmer Volbt, Bau in Lauterbach, steht der Abort. Beim Unternehmer Waldmann, Bau in Ubnitz, ist die Baubauweise sehr mangelhaft; bei demselben Unternehmer in Witz ist die Baubauweise sehr mangelhaft; es fehlt der feste Fußboden, auch ist die Luft nicht bezugsfähig. Die Wasserlage war sehr mangelhaft abgedeckt, trotzdem die Zimmerer beim Mischen der Mauerwerkstoffe sehr sorgfältig waren. Beim Unternehmer Gobbert in Witz, Morgartenstraße, ist die Baubauweise im Keller des Neubaus und ist nicht bezugsfähig. Bei demselben Unternehmer, an der Stranb-pronade, war die Wasserlage sehr mangelhaft abgedeckt; der Keller war überhaupt nicht abgedeckt. Beim Unternehmer Wühl, Bau in Witz, ist der Abort sehr mangelhaft; die Luft fehlt, die Mauer sind mit Zinnenfestig angeputzt. Fehlbau sind nicht abgedeckt. Beim Unternehmer Wegling in Witz, Bau Marktward, waren der Keller und die Vollsole nicht abgedeckt, trotzdem die Zimmerer bei zeitweiliger hiesigem Glotter beim Aufstellen des Dachstuhl waren. Der Abort besteht aus vier Wänden; der Milchboden ist mit Zinnenfestig ausgeputzt, das Dach fehlt, die Strohbleche sind erstig; durch einen runden Aufzug. In den Abort kann man nach außen Seilen von der Straße aus hinnehmen. Bei demselben Unternehmer, Bau Staub in Witz, besteht das Dach des Abortes aus Zinnenfestigkeit. Verbandsblättern fehlen auf sämtlichen Bauten, mit Ausnahme derjenigen des Unternehmers Gobbert. Da unsere Versammlung nicht politisch überwacht war, wurde beschlossen, diese Mißstände, einzeln aufzuführen, dem hiesigen Landratsamt einzurichten, mit dem Erreichen, ältere Baukontrollen behördlich ermitteln einzulassen und zu dem Zwecke Kontrollen aus Arbeiterkreisen anzustellen. Im Punkt "Verschiedenes" fragte der Genosse Witz-Stralund an, wie sich unsere Gewerkschaft zu der Gründung eines Gewerkschaftsrates für Stralund und Umgebung stellen würde. Das Statut des jetzigen Kartells in Stralund soll zu diesem Zweck reorganisiert werden. Es wurde beschlossen, diese Sache in die Mitgliederversammlungen der Gewerkschaft zu beraten und die geübten Beschäftigten alsdann den Statuten Genossen mitzuteilen.

In der sich anschließenden Mitgliederversammlung der Maurer wurde der Kollege Kibber als Delegierter zu der Konferenz in Steinfel gewählt.

Am 22. November wurde in Wismar eine öffentliche Bauarbeiterversammlung abgehalten, die sehr gut besucht war. Kollege Schuler-König sprach über: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse. Da, wie bekannt, die Maurer von Wismar in einer Lohnbewegung stehen und die Forderung: Erhöhung von 40 auf 45 %, von den Unternehmern schände abgewiesen wurde, haben wir uns veranlaßt, einzelne Bauten zu spreten, in erster Linie den Unternehmer Gollers. Wie mit der Arbeit wenigstens scheinbar fortzuführen, hat G. einige Sonntagsarbeiten angeestellt, meistens sind es wohl frühere Handlanger. Diesen Fremden sollte sogar die Natur nicht leiden. Ein leiser Widerspruch wird die Arbeit der Streikbrecher um, so daß sie vollständig vernichtet wurde. Die ganze Giebelwand und noch einiges mehr ist eingestürzt. In der Versammlung wurde aber auch konstatiert, daß die Herren Streikbrecher nicht die allmählich Schuld haben. Herr Gollers soll nämlich eine ausgelegene Art der Mittelverteilung kennen. Er läßt nämlich drei Fußren Sand auffahren, darüber drei Saß sogenannten hydraulischen Kalkschichten, das nötige Wasser dazu und der Mörtel ist fertig. Wäre der Einfluß eine halbe Stunde früher passiert, so wären wahrscheinlich einige Dächerebenen vernichtet worden. Ebenfalls wurde der Verlesung auf die mangelhafte Ausführung der Bauarbeiten hingewiesen in betreff der Gesundheits- und Sicherheitsmaßregeln. Allen Mißständen müssen die Wismar Maurer ernstlich entgegenzutreten und zwar bald. Der Wismar muß zur energischen Agitation benutzt werden.

Eine öffentliche Bauarbeiterversammlung tagte am 26. Novbr. in Bremerhaven im großen Colosseumsale. Durch die ungünstige Witterung war der Besuch etwas beeinträchtigt, immerhin waren etwa 30-40 Personen erschienen. Referent war Homburg-Hamburg, der über den Zentralverband der deutschen Maurer in Vergegenwärtigung, Gegenwart und Zukunft referierte. Referent führte etwa folgendes aus: In der Entwicklung der Bauorganisation sind drei Perioden zu unterscheiden. Die erste Periode umspannt den Zeitraum von der Gründung bis zum Sozialistenausschlag, die zweite unter diesem Gesichtspunkt vom Jahre 1891 an. Als 1869 das Koalitionsrecht beseitigt wurde, schloß sich auch eine kleine Anzahl von Maurern an, darunter, allerdings mit noch wenig Erfolg. Im Jahre 1878 löste sich der Verband aus freiem Antrieb auf. Im Jahre 1882 gelangt die zweite Periode. Das Organisationsbedürfnis hatte sich mittlerweile stärker entwickelt; die Organisation gewann größeren Einfluß und ihre Mitgliederzahl betrug 1890 rund 30000. Infolge der Krise, die 1889 begann, ging die Mitgliederzahl zurück. Als 1891 der Zentralverband gegründet wurde, waren nur noch 12000 Mitglieder vorhanden. Vom Jahre 1896 stet die Mitgliederzahl ununterbrochen bis auf 32000 im Jahre 1900. Die neue Krise brachte einen neuen Niedergang, der aber schon wieder weit gemacht wurde, denn die Zahl betrug die Mitgliederzahl weit über 100000. Was ist nun durch die Organisation im

Bause der Zeit geschaffen worden? Vor 35 Jahren bestanden die einfachsten Verhältnisse im Baugewerbe. Selbst in großen Städten betrug der Tagelohn nur M. 2 bis M. 2.50 bei 11- bis 12 stündiger Arbeitszeit. Auf dem freien Land gab es einen Tagelohn von 70 C bis M. 1. bei 18- bis 16 stündiger Arbeitszeit. Raum in einem andern Beruf war das Einkommen so groß wie im Baugewerbe. Mit der Gründerperiode der 70er Jahre begann eine bessere Zeit für die Maurer. Die Entwicklung der Industrie brachte dem Baugewerbe viel Arbeit und unter dem Einfluß der Nachfrage nach Arbeitkräften, die besonders in einigen Großstädten und namentlich in rheinisch-westfälischen Industriegebiet sehr groß war, stieg auch der Lohn. Die Verhältnisse währte aber nicht lange. Während der folgenden Jahre wurden die Löhne bedeutend reduziert. Durch das Einwirken der Organisation in den 90er Jahren trat dann eine Verbesserung ein, die aber auch nicht von Bestand war. Erst vom Jahre 1895 an gelang es unter dem bedeutend größeren Einfluß der Organisation, eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Im Jahre 1900 ist eine Statistik aufgenommen worden, die alle Orte von mehr als 10000 Einwohnern und sehr viele Orte mit 5000-10000 Einwohnern umfaßt. Diese Statistik hat sehr viel brauchbares Material ergeben. Der Stundenlohn war gefluggen von 1885-1900 um 18 1/2 %, von 1895-1900 um 7 1/2 %. 1885 gab es noch 758 Orte mit einem Stundenlohn unter 25 C und 38 Orte mit über 40 C. 1900 gab es nur noch 49 Orte unter 25 C, dagegen 488 Orte mit 40 C und mehr Stundenlohn. In einzelnen Orten ist die Lohnsituation noch viel bedeutender, als die durchschnittliche Ziffer erkennen läßt. In der Erigerung des Stundenlohnes kommt die Steigerung des Einkommens nicht zum Ausdruck. Doch ist, wie Redner ziffermäßig nachweist, auch dieses in allen Größenklassen der Orte gesunken, ein Beweis, daß die wirtschaftliche Lage des Bauers durch die Organisation sich gebessert hat. Auch die Verfertigung der Arbeitszeit hat hierzu viel beigetragen. 1885 betrug die Arbeitszeit 10 Stunden und weniger, in 261 Orten, 1900 dagegen war diese Arbeitszeit in 745 Orten durchgeschlagen. Damit sind die Erfolge der Organisation noch nicht erschöpft. Das Wesentlichste ist die Regelung der Arbeitszeit, die früher von der Willkür der Poliere abhing. Die Einführung der Stundenlöhne ist für die Maurer von großem Vorteil gewesen. Arbeitsstunden werden heute vielfach mit höherem Lohn vergütet, früher mußten sie ohne besondere Vergütung verrichtet werden. Die Lohnzahlung ist früher unregelmäßig gewesen. Heute wird der Lohn an regelmäßigen Wochentagen, an denen meist noch etwas früher freierabend gemacht wird, gezahlt. Auch an sanitären Verhältnissen auf den Bauplätzen ist vieles besser geworden. Wir haben auf die Behörden, Berufsgenossenschaften und Regierungen eingewirkt. In Bayern und einigen kleinen Staaten sind auch Baukontrollen aus dem Arbeiterstand angestellt. Die Unfallversicherungsvorschriften sind verbessert worden. Das ist alles der Organisation zu verdanken. Die Unternehmern des Baugewerbes sind nicht fernerlich weicherherzig geworden. Freiwillig haben sie noch nie etwas bewilligt. Was wir erreicht haben, haben wir uns bitter erkämpfen müssen im Laufe der Jahre. In den letzten Jahren haben wir nicht weniger als 364 Angriffskräfte und mehr als 1000 Abwehrkämpfe führen müssen. Die Kämpfe haben die Unternehmern allmählich gefügig gemacht. Heute sind wir soweit, daß uns die Unternehmern fürchten. Sie müssen uns jetzt als gleichberechtigte Faktoren anerkennen. Der Leiter der Arbeiterorganisation hat erklärt, daß der Friede im Baugewerbe durch Abschluß von korporativen Arbeitsverträgen am besten gewährleistet wird. Rückwärts haben wir unsere Grundsätze nicht erkämpfen müssen. Die Kämpfe haben große Opfer erfordert. Millionen sind für Streikunterstützung von den Maurern aufgebracht worden, dazu konnten noch die persönlichen Opfer der Streikteiligen an Not und Sorgen in den Familien, die sich nicht schämen lassen. Bei den Lohnkämpfen werden meist die Streikenden namentlich von den bürgerlichen Kreisen und ihrer Presse beschimpft. Die Behörden greifen oft zu Ungunsten der Streikenden in die Lohnkämpfe ein. Hunderte von Verbandskollegen haben das Eintreten für die Interessen mit jahrelangen Gefängnisstrafen büßen müssen. In Brandenburg lud sogar Justizausführer verhaftet wurden. Wenn wir aus Fernwärts gekommen sind, hat doch die Organisation ihre Mission noch nicht erfüllt. Es gibt noch viel zu helfen. Die Ansicht, daß die Maurer viel zu viel verdienen, ist auch heute noch weit verbreitet. Dabei wird nicht berücksichtigt, daß der Tagelohn der Maurer keinen Maßstab für den Jahreslohn bildet. Selbst in größeren Städten übersteigt der Jahresverdienst nur in seltenen Fällen M. 1000. Wenn in Folge der letzten Witterung im Winter die Bauarbeiten eingestellt wird, findet der Maurer höchst selten Gelegenheit zum Nebenberuf. Von ausreichenden Einnahmen kann heute noch nicht die Rede sein. Auch die Arbeitszeit muß noch weiter verringert werden. Die sanitären Verhältnisse auf den Bauplätzen müssen noch viel besser werden. Das sind die Aufgaben der Organisation für die Zukunft. Sie wird diese Aufgaben lösen, wenn der Verband noch weiter erlarzt, seine Macht noch weiter wächst. Bei 100000 Mitgliedern dürfen wir nicht stehen bleiben, es gibt da noch viel zu tun, denn in Deutschland gibt es etwa 270000 organisationsfähige Maurer. Auch das Vermögen des Verbandes muß noch wachsen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Organisation eine gute finanzielle Grundlage erhält. Die diesjährigen Ausgaben, die von den Unternehmern zwecks Schwächung des Verbandes injiziert wurden, haben uns nicht zu schwächen vermocht. Das Verbandsvermögen ist während der Zeit um ca. M. 200000 gewachsen. Aber es gilt auch, um etwaige noch größere Schläge des Unternehmertums abzuwehren zu können, noch weiter zu rüsten, damit die Organisation in jedem Kampf widerstandsfähig bleibt. In den letzten Jahren ist die Mitgliederzahl gestiegen; aber viele Mitglieder haben noch nicht das Wesen der Organisation erkannt. Hier muß auch bessere Hand angelegt werden. Es ist zwar traurig aber wahr, daß in unserem Gewerbe, da sich die übergroße Mehrzahl aus ländlichen Bezirken rekrutiert, die meisten Kollegen nur eine mangelhafte Bildung besitzen. Die Organisation muß auch Gelegenheit zur Weitern- und Selbstbildung bieten. Hierzu bieten besonders die langen Winterabende günstige Gelegenheit. Auch politisch sollen sich die Maurer organisieren. Die gewerkschaftliche Organisation kann das heutige Gleich nur mildern, nicht aber beseitigen. Wenn wir die soziale Frage lösen wollen, müssen wir auch die politische Arbeiterbewegung mit aufbauen. Wenn wir in diesem Sinne die Organisation noch lösen und aufräumen gestalten, dann können wir ruhig der Zukunft entgegenblicken und durch die Tätigkeit der Organisation

er. Geduld und Weisheit zum Siege verhelfen. (Beifalliges Bravo) Kollege Groß forderte zur Verhinderung der...

Mittwoch, den 18. November, hielt der Zweigverein Dortmund seine regelmäßig tagende Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Berichterstaltung von...

Erklärung des Schriftführers: Die Versammlung war nur schwach besucht, trotz des Feiertages. Es...

In Düsseldorf, wurde am 23. November eine gemeinschaftlich beschlossene öffentliche Mauererversammlung abgehalten. Kollege...

Die Mitglieder zu Güstriefe folgten Sonntag, den 15. November, wieder einmal ihrer Versammlung abhalten. Polizei und Ordnungshüter haben es fertiggebracht, uns...

Uns Hamburg wird uns berichtet: Ein Leser der 'Einigkeit' teilte mir die Mauer Willachdt. ('Freie Vereinigung')...

vergeben hat. Neben acht Mitgliedern des Verbandes war der obengenannte W. am Bau beschäftigt. W. hatte nun jedenfalls...

Der Zweigverein Leunburg in Pommern hielt am 22. November eine Mitgliederversammlung ab. Der Bauvorsitzende, Kollege Schwarz, hatte zugesagt, das Referat in...

In Weichseln tagte Sonntag, den 22. November, eine Versammlung der Maurer, seit länger Zeit wieder einmal. Die...

Aus Stahfurt wird uns geschrieben: Die Maurermeister ihrer Verträge gehalten. Wir haben in Stahfurt...

Aus Jittau wird berichtet: Ein Beweis, daß die Jittaner Mauererschaft schon längst nicht mehr mit ihrer Lage zufrieden...

Ein Stimmungsbild über die Situation im Berliner Baugewerbe. Durch den korporativen Arbeitsvertrag zwischen den...

auf 45 A erhöht wird. Die nächste Versammlung am 6. Dezember...

Der Vorstand des Zweigvereins Straßburg steht sich genötigt, auch einmal die Intereffektivität der Kollegen zu...

Die Freude über die Versammlung, die für die Organisation zu regnen und zu bewegen, ist nämlich nicht groß, trotzdem sie genau wissen...

Aus Jittau wird berichtet: Ein Beweis, daß die Jittaner Mauererschaft schon längst nicht mehr mit ihrer Lage zufrieden...

Ein Stimmungsbild über die Situation im Berliner Baugewerbe. Durch den korporativen Arbeitsvertrag zwischen den...

Bedingungen für eine gute Konjunktur waren also vorhanden, und sie ist auch nicht ausgeblieben. Da man kann wohl sagen: wir hatten in dem vergangenen Sommer eine gute Konjunktur, wie sie in Berlin seit langen Jahren nicht zu beobachten war. Selbstverständlich haben in erster Linie die Unternehmer, Baumeister, Haus- und Grundbesitzer, usw., ihr Geschäft mit Eifer gebrannt. Aber ganz ohne Gewinn ist es ja auch für die Arbeiter nicht, wenn sie in erheblicher Zahl als vor dem Beschäftigung finden. Mauerer also, ungerne die Spezialberufe, dürften etwa 1000 mehr als in den vorhergehenden Jahren in Groß-Berlin beschäftigt worden sein. Dieser Mehrbedarf an Mauerern mußte natürlich gedeckt werden aus Orten, wo unsere Kollegen erheblich weniger verdienen, vielfach auch aus Streitkräften, wo um die Festlegung eines Stundenlohnes von 40 J und weniger und um die zehnwöchige Arbeitszeit gekämpft wurde. An diesem Umstand gemessen, bedeutet die Beschäftigung von 4000 Mauerern in Berlin zu 67 1/2 J Stundenlohn einen erheblichen Vorteil für die Gesamt-arbeiterschaft des Baugewerbes. Natürlich haben auch die Hundert in Berlin beschäftigten Kollegen insofern Vorteil aus der günstigen Konjunktur gezogen, als sie weniger zum Herrn in Folge Arbeitsmangels gewinnen waren, wie sie auch in der Lage gewesen wären, aus den einzelnen Bauten die Verhältnisse bedeutend zu verbessern. Ob sie dies getan haben, ist eine andere Frage.

Der Vorteil hat zweifelslos beiden Parteien Vorteil gebracht. In die Augen springend ist der Vorteil für die Arbeiter, daß der Lohn nach unten begrenzt ist; unter 67 1/2 J darf nicht gezahlt werden. Viele Unternehmer sind allerdings der Meinung, daß hiermit auch zugleich die Grenze nach oben gezogen sei. Die Tatsachen zeigen aber, daß diese Annahme in der Praxis wenig Boden gefunden hat, wemalich zu zeigen ist, daß es nur wenige Unternehmer sind, die mehr als 67 1/2 J Lohn zahlen. Das es aber überhaupt geschieht, ist einigen Unternehmern, besonders den überbaute, recht unangenehm, und sie möchten den Vorschlag die Annahme des höheren Lohnes, weil gegen den Vertrag verstoßen, am liebsten verbieten. Wird die Unternehmer also nicht ganz zufrieden mit der Wirkung des Vertrages, so ist es ein großer Teil unserer Kollegen noch viel weniger; sie fühlen sich genehmigt in der Erreichung höherer Löhne, die durchzuführen, ihnen nach ihrer Meinung in diesem Sommer leicht gewesen sei. Das muß sein. Das die Arbeiter aber durch den Vertrag zu einem Umsturz der Verhältnisse — Auflösung der Konjunktur, verarbeitete Angebot von Arbeitskräften — gegen Lohnrückgehungen geschützt sind, lassen die Kollegen bei allem Ideengang völlig außer Betracht. Wollen sie das eine, so müssen sie das andere mit in den Kauf nehmen. Wollen sie ihren freien Lohn haben für ihre Entschliefungen zur vollen Ausnutzung guter Konjunkturer, dann können sie von den Unternehmern nicht verlangen, daß diese sich für die Zeit der matten Wauigkeit binden. Die Lage würde dann diese sein: Ein Viertel Jahr stellen wir, um höhere Löhne durchzuführen, das andere Viertel Jahr sperren die Unternehmer uns aus, um den Lohn wieder herabzusetzen. Und das Resultat würde sein, daß wir im Durchschnitt denselben Lohn hätten, den wir durch Vertrag auf „mittlerer Linie“ erzielt haben. Das halten dann schließlich den Ausdruck des Gewinns etc. Verweise zu stehen und ansetzen gebracht: Die Bewegung ist mir also, das Ziel nicht.

Die mir soll keineswegs genügt sein, daß wir nicht wieder einmal streiken. Gewiss Kollegen, jeden Tag wollen wir nachbereit sein, jeden Tag bereit, loszuschlagen, wenn das Unternehmens und in der Ausübung unserer Rechte hindern will. Möge uns jeder einzelne auf dem Posten sein.

Bei der Beurteilung der Stimmung unter den Berliner Kollegen darf nicht außer Acht gelassen werden, daß wir es mit einem großen Ferkelteil und einem weit ausgedehnten Arbeitsgebiet zu tun haben. Mit Einschluß der Spezialgewerbe: Auber, Malzbürger und -Spanner, Jemettier und Bienenleger, zählt der Zweigverein Berlin 10 872 Mitglieder. Dazu kommen die Freie Vereinigung, eine „christliche“ und eine Altkonjunktur-Organisation. Diese drei Vereine, die zusammen ungefähr ein Drittel so viele Mitglieder haben als unser Zweigverein, stehen außerhalb des Vertrages. Die Kolonien (Freie Vereinigung) sind mitunter — wie es trifft — sogar „prinzipielle“ Gegner des Vertrages. Sie haben in ihren Versammlungen beschlossen, dem Vertrage nicht beizutreten; auf den Bauten müssen sie ihn jedoch unter-schrittlich anerkennen.

Insolge dieser Verschiedenheit kommt es auf den Bauten nie selten zu starken Auseinandersetzungen, wobei in vielen Fällen schließlich weniger die Sache — über den Vertrag — diskutiert wird, als vielmehr die Personen, die eine bestimmte Stellung einnehmen, als „Mäder“ des Vertrages heruntergerissen werden. Dadurch wird die Freude an der Diskussion natürlich nicht gehoben. Namentlich die erst zugeworfenen Kollegen, die zum Teil erst kurz vor ihrer Abreise von der Heimat zum übergroßen Teil gar erst hier in Berlin der Organisation beigetreten wurden, bekommen nur ein Ver-wid von der Arbeiterbewegung, das ganz dazu geeignet ist, sie von der Wichtigkeit der Sache und Einarbeitung der Organisation abzuhalten. Wenn solche Neulinge von den älteren Kollegen hören, daß die Organisation nichts taugt oder doch nur als notwendiges Uebel zu betrachten sei, wenn sie weiter hören, daß die alten Kollegen als dumme und schlechte Kerls hingestellt werden, wenn sie hören, daß sie Beiträge zahlen für Einrichtungen, die nur zu ihrem Schaden bestehen — ja können die Kollegen dann noch mit Lust und Liebe für diese Organisation mit all ihren „schlechten Einrichtungen“ und „Mißständen“ mitreden? Meint haben die Berliner Kollegen aber wirkliche Ursache, mit ihrer Organisation, mit dem Verbands unzufrieden zu sein? Nein! und abermals Nein!

Die Berliner Kollegen können stolz sein auf ihre wirtschaftlichen Ansprüche, die nur mit Hilfe des Verbandes gefördert werden können. Die Berliner können aber nicht nur stolz sein auf ihre eigenen Erwerbsbedingungen, sondern auf die Tätigkeit des Verbandes überhaupt: auf die Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland und in ihrem engeren Landesverband, der Provinz Brandenburg. So, stolz darauf können wir sein, daß in den letzten Jahren die übergroße Mehrzahl der Berliner Kollegen nicht in letzter Linie für diese Verbesserung gewirkt hat. Haben wir also Veranlassung zum Mißmut? Nein! durchaus nicht!

Wie war es noch vor einigen Jahren, als die Berliner Mauerer zum großen Teil „wild“ umher liefen? Im Jahre

1885 arbeiteten die Berliner Mauerer 10 Stunden täglich für 50 J Stundenlohn. In den Vororten G. Uckersee, Bellen-dorf, Stralitz, Briesensee, Pantow u. a. wurden 45 - 50 J und weniger gezahlt. Wie wurden die Mauerer von den Unter-nehmern und Politikern und wie wurden insbesondere die paar-organisierten Kollegen von ihren „indifferenten“ Arbeits-müßlern behandelt. Der die Fäden auf den Bauten meistlebt hat, der sich die der Zustände mit Schauern erinnern. Und was haben wir inzwischen erreicht? Die Unternehmer sind geneigter worden, unsere Organisation als gleichberechtigten Faktor bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzuerkennen. An Stelle der geschäftlichen ist die u n s u n s wöchige Arbeitszeit getreten und auch die Arbeitszeit im Winter ist einheitlich geregelt; wenn sie noch nicht auf allen Bauten innegehalten wird, so liegt dies nicht an der Organisa-tion, sondern an dem Umstand leider so vieler Kollegen. Der Stundenlohn ist seit dem Jahre 1895 von 45 bis 50 J gestiegen auf 67 1/2 J, und wird im nächsten Jahre auf 70 J erhöht. Zur Regelung von etwaigen Differenzen muß den Vertretern unserer Organisation ebenso gut wie den Vertre-tern der Unternehmer der Zutritt auf den Bauten gewährt werden. Sollten diese Erwerbsbedingungen als klein und nichtig angesehen werden? Wer das tut, ist entweder nicht ehrlich, er wendet demagogische Kräfte an, um im Trüben zu fischen, oder er ist bodenlos unverständig und hat nicht einen Schwin-ner Ahnung von den wirtschaftlichen Sachverhältnissen.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Arbeitsverhältni-isse im Berliner Baugewerbe viel besser sein müßten und auch sein könnten. Es ist eine Tatsache, daß viele Mauerer poliere ständig das Betreiben haben, ihnen „unbeliebte“ Mauerer loszuwerden. Unbeliebt bei den Politikern sind in der Regel solche Arbeiter, die auf den Arbeitsplätzen für Ordnung sorgen; die den Politik auf die Einhaltung in bezug auf die Gewerbe, Bauwesen und Aborte aufmerksam machen und auf Mißstände drängen, die die Kontrolle der Mitgliedsbücher ausüben und durchzuführen die Entlastung der Arbeiter in der Regel nicht den Mut, den wahren Grund der Entlassung immer-zugeben. Aber jeder ist das eine, daß die Kollegen immer das Gefühl haben: der Entlassene ist gemahnt worden wegen seiner Tätigkeit für die Organisation, wegen seines Eintretens für die Festlegung der Arbeitsstände. Und die Empörung über solche Zustände ist gewiß berechtigt.

Aber der Vertrag daran schuld, wo so viele Kollegen annehmen möchten? Das dürfte doch wohl weit über's Ziel geschossen sein. Weich, der Vertrag besagt: Bei Entlassungen brauchen Gründe nicht angegeben zu werden. Aber ist das Verhältnis ohne Vertrag denn anders? Die Unter-nnehmer und Politiker haben auch früher keine Gründe anzugeben brauchen und haben auch keine angegeben. Dies kann nicht be-stritten werden. Aber, so wird eingewendet, früher wurden die Bauten gesperrt, was nach dem Vertrag nicht angingig ist. Allerdings, wir hatten früher eine Umfassung von Bau-sperren, sperrten nicht nach ihrem Ausgange. Selbst in den Jahren 1897-99, in Zeiten der Konjunktur, sind die meisten Bauarbeiter zu unruhen längere Zeit verlaufen.

Trotz alledem muß den Wahrheitsgehalt der Unter-nnehmer und Politiker ein energischer Damm entgegenge-setzt werden. Daran soll und darf und der Vertrag nicht hindern. Aber alle Kollegen müssen auf der Höhe der Zeit stehen. Die Organisation müssen sie wie ihren Angelpf hüten, und helle Weigerung für unsere gerechte Sache muß jeden Mißmut über Heftigkeit Nebenwege unterdrücken. Die Unter-nnehmer und Politiker mögen sich genügt sein lassen, daß die Berliner Mauerer die Durchsührung des Vertrages anders aufstellen, als sie. Wenn die Unternehmer ihren Politikern die Wahr-nehmung solcher Mauerer. Lie für die strenge Durchführung der Vertragsbestimmungen eintreten, nicht verzeihen, dann wird die Mauererschaft andere Mittel ergreifen, solche Politiker un-schädlich zu machen. Die Mehrzahl der Berliner Mauerer hat bestimmt den Wunsch, das Vertragsverhältnis beizubehalten, verlangt von den Unternehmern und Politikern aber auch die richtige Anerkennung des Vertrages. Wenn das nicht geschieht, dann wird die Mißmutigung gegen die Politiker in den Ar-beiterkreisen bald so groß sein, daß schon aus diesem Grunde an eine Verlängerung des Vertrages nicht zu denken ist.

Unseren Kollegen möchten wir aber großen: Laßt Euch durch das provozierende Vorgehen eines großen Teils der Mauererpolitik nicht zum Vertragsbruch reizen. Seid aber auch keinen Augenblick lässig in der Forderung nach strenger Durchführung des Vertrages seitens der Unternehmer und Politiker. Der Verband der Baugewerke von Berlin und den Vororten verlangt von seinen Mitgliedern, daß sie sich von den Politikern Beträge unterschreiben lassen, in denen es im § 1 heißt: „Der Mauerpolitiker hat dafür zu sorgen, daß die Agitation der Gewerkschaft auf der Baugewerbe unterbleibt.“ Da-rum zur Baugewerke doch auch die Verbände gehört, so steht das Verlangen der Unter-nnehmer im Widerspruch mit dem § 3 unseres Vertrages, in dem der Schlußsatz heißt: „Während der Arbeit ist es in die Agitation auf der Baugewerbe ver-bieten.“ Die Parteien gehören uns, den Kollegen, ganz allein. Und wir fordern die Kollegen ausdrücklich auf, sich das Recht, in den Bauten für die Organisation zu agitieren und die Mitglieder auf dem Bau zu beschreiben, unter keinen Um-ständen verklümmern zu lassen. Die Diskussionen sollen aller-dings ruhig und sachlich geführt werden und dürfen nicht auf persönliche Beschimpfungen ausarten. Wollen die Politiker trotzdem die Agitation verbieten, dann weist sie in ihre Schranken zurück.

Eins ist aber dringend notwendig: Der Schluß eines großen Teils der in Berlin beschäftigten Mauerer muß auf-suchen, und besonders müssen sich die in Berlin und den Vor-orten anhängigen Kollegen treuere Unterstützung anfragen lassen und den zugewanderten, mit unseren Verhältnissen nicht wenig betrauten Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen. Einer muß dem anderen unbedingt vertrauen können. Leider ist noch vielfach die für die Arbeiter schmach-volle Erscheinung zu beobachten, daß viele Mauerer lieber dem Politikern vor den Politikern lagern und als Zeitver-träger und Anker ein leeres Ziel treiben. Die meisten dieser „Kollegen“ sind wohl durch einige Erwerbungen und durch würdigen Wohlstandverhaltens Verhalten der übrigen Kollegen zur Umkehr und zur Solidarität zu erziehen. Die Sache muß nur richtig angepackt werden. Und wie in seinem erbarmlichen Treiben schmerzen muß, nun für den gibt es noch andere Mittel, ihm ungeschädlich zu machen.

Alles in allem: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in Berlin nicht schlecht, aber sie könnten um vieles besser

sein. Daß sie nicht besser sind, daran ist nicht der Vertrag schuld, sondern die Bejahung und Energielosigkeit der Kollegen.

**Die Entwicklung unserer Organisation im Bezirk Karlsruhe.**

Seit Jahren besteht in Karlsruhe L. ein Zweigverein, dessen höchste Mitgliederzahl vor etwa drei Jahren circa 180 betrug. Die Mehrzahl der Mauerer konnte sich trotz der schwachen Lohn- und Arbeitsbedingungen abloht nicht dazu entschließen, in die Organisation einzutreten. Im Gegenteil: auch von den 150 wurden die meisten wieder lahmgelegt. Die Baubetriebe in der Umgebung lösten sich auf und in Karlsruhe wurden am 1. März d. J. nur noch 24 Mitglieder gezählt. Auf Ver-anlassung des Kollegen Herrborn aus Frankfurt a. M., der damals hier gewerblich tätig war, Versuchen wir es wieder einmal mit einer öffentlichen Versammlung, um die Mauerer zum Zusammenfluß und zur Verbesserung ihrer traurigen Lage zu gewinnen. Der Vorlauf der ersten Versammlung war wenig ermutigend. Gerade die Kollegen, die früher an der Spitze standen und die dem Verband auch treu geblieben waren, hatten alle Hoffnung aufgegeben. Wir hatten zwar einige Aufnahmen gemacht, aber es wollte niemand so recht an eine Erhaltung der Organisation glauben. Die Alten wollten sich die „Höhner nicht wieder einrennen“. Aber das war ja auch gar nicht nötig. Und schließlich ging es doch vorwärts. In Karlsruhe selbst wohnt nur ein sehr kleiner Teil der dort beschäftigten Mauerer. Es galt also vor allen Dingen, die Kollegen auf dem Land zu der Überzeugung zu bringen, daß ihre traurige Lage nur durch eine geschlossene Organisation ge-bessert werden könne. Unsere Agitation in den unmittelbaren Ortschaften war nicht ohne Erfolg. Schon beim ersten Anlauf wurde die Zahlstelle Organen gegründet, wenn auch mit nur wenigen Mitgliedern. Das aber die Hauslade war, die Kollegen in den fernen Orten wurden zutraulicher, und die Gründung einer weiteren Zahlstelle machte keine großen Schwierigkeiten. Es war schließlich eine Lust zu sehen, wie der sozialistische Geist den großen Teil der im Bezirk Karlsruhe wohnenden Mauerer ergriff.

Das Unternehmernum merke natürlich den Wandel bei den Mauerern. Während die ganzen Jahre hindurch die Arbeitszeit 11 Stunden und der Lohn 37 J betrug, gaben die Meister plötzlich ohne weiteres kund, daß wir 10 Stunden gearbeitet und 41 J Stundenlohn bezahlt werden sollten. Jedemfalls glaubten die Herren „Arbeiter“, sich durch dieses Versehen des Vertrauens der Mauerer wieder zurückzubekommen und das Wachstum der Organisation hindern zu können. Aber unsere lieben Meister haben sich getäuscht. Immer größer wurde unsere Mitgliederzahl. Und schon Mitte Mai wurde in einer Mauerers-versammlung, die von circa 600 Kollegen besucht war, eine Lohnkommission gewählt, der zur Aufgabe gemacht wurde, innerhalb acht Tage die Forderungen für die Mauerer festzu-legen. Die nächste Versammlung war wiederum sehr stark be-sucht, ein Zeichen, daß die Mauerer nun doch gewillt seien, die Verbesserung ihrer Lage energisch in die Hand zu nehmen. In dieser Versammlung wurde die zu fordernden Höhe festgestellt. Einstimmig wurde beschlossen, einen Stundenlohn von 45 J und die vertragsmäßige Festlegung aller übrigen Arbeits-bedingungen zu fordern.

Wie vorauszu sehen war, lebten unsere humanen Unter-nnehmer die Lohnhöhung vor allen Dingen ab, weil nach ihrer Meinung kein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Von der Lohn-kommission wurde der Baugewerkschaft der Wunsch ausgesprochen, über diese Fragen mit uns in mündliche Unterhandlung einzutreten. Aber auch diesen Vorschlag gingen die Herren „Arbeiter“ nicht an. Denn sie sahen auf den bestehenden Gesetzenszustand hinweisen und erklären: wenn der Gesetzens-zustand die gleichen Forderungen stellen würde, wären sie geneigt bereit, mit ihm zu unterhandeln; der Gesetzenszustand war hierzu bereit und stellte den Antrag bei der „Junung“. Nun lautete die Antwort: es sollen Unterhandlungen stattfinden, wenn die Meister, die zur Zeit im Bau sind, zurückgekehrt seien. — Ganz schön. Aber betrieblen und halten sie nicht ein; denn bis jetzt haben noch keine Verhandlungen über diese Fragen stattgefunden. Entweder sind die Herren Meister immer noch im Bau, oder aber die „Junung“ hat ihr Versprechen vergessen. Das ist die Verhandlung absichtlich und schuldhaftig ver-zögern wollte, daran glaubt unter den Mauerern ja kein Mensch. Aber ganz so leichtgläubig werden die Karlsruher Mauerer ja wohl nicht wieder auf Versprechungen der „Junung“ hereingefallen. Eine Antwort haben die Junungsmeister den Mauerern von Karlsruhe und Umgebung aber schließlich doch noch gegeben: sie haben nämlich den Vorhaben der Lohnkommission und anderen Agitation für den Verband, Kollegen Aug. Hiltnow, als ersten auf die schwarze Liste der nicht zu beschäftigenden Mauerer geschrieben.

Durch diese Maßnahmen sind nun die Mauerer im Bezirk Karlsruhe vollends angewandt. Unsere Mitgliederzahl sank von Tag zu Tag und beträgt jetzt über 800 in 13 Zahlstellen. Damit die Kollegen aber nicht in den Glauben verfallen, es wäre hier alles Geld was glänzt, müssen wir doch auch eine traurige Gesinnungswende von den Mauerern in Leuzsch, Weich-nertshaus und Weichnertshaus verzeichnen. Diese „Kollegen“ haben trotz öffentlicher Versammlungen in diesen Orten noch nicht ein-gesehen, daß sie die Pflicht haben, sich den übrigen Kollegen anzuschließen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß sich auch diese Mauerer in einigen Jahre noch unserem Verband an-schließen, daß sie endlich aus ihrem „Einspinnnis“ erwachen. An alle unsere Mitglieder aber richten wir, das „Wahrwort“: halte fest an dem Verband, damit unser vorausschichtlicher Kampf im Frühjahr nicht verloren geht. Geht er verloren, so tragen wir alle miteinander Schuld daran; denn dann haben wir nicht unsere Schuldigen geholt. Agitiert, damit sich auch der letzte der uns fernstehenden Mauerer dem Verband anschließen, um unsere Organisation zu einer kampffähigen und sich abringenden zu gestalten.

**Vom Bau.**

**Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.**

\* Standfestigkeit abgebundener Gerüste. Der ortsm-artige Sturm in der vorletzten Woche hat an Gebäuden und Neubauten wieder großen Schaden angerichtet. Aus- Che m e n h wird berichtet, daß dort der Sturm das vier

Stodwert hohe Frontgerüst am Neubau der Sächsischen Bank... Arbeiter waren am Bau nicht mehr beschäftigt...

Wie die Unternehmer die Bundesratsverordnung... für das Steinhauerwerk... durch Kronach... zu kontrivieren...

Die Bundesratsverordnung erfüllt für die hiesigen Unternehmer nicht... die Durchführung der Verordnung... Es sind noch verschiedene Anzeigen...

Aus anderen Berufen. In der Aufsicht der Textilarbeiter... in Grimmitzsch... den Kampf der Textilproleten...

fachen Lohnkampfes übergriffen. Er hat sich zu einem... Klassenkampf der schärfsten Art ausgedehnt... die Arbeiter zum Verrat...

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

rd. (Nachdr. verboten). Eine wichtige Entscheidung... für Kranke... für Arbeiter... die Krankenversicherungs-Kasse...

Polizei und Gerichte.

Auf der Hinweis auf die Folgen des Streikbruchs... eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung... den Streik durch...

Drohungen zu bestimmen versucht haben... den Arbeiter über die Gründe der Sperrung... die Sperrung verhängt und...

Vom „Terrorismus“.

Die Anlehnung zur Demutierung... in der „Einigkeit“... die Sperrung verhängt... die Arbeiter...

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Sutthart, Dieß Verlag). Heft 9 des 22. Jahrgangs... Die „Wahre Jacob“, Nummer 25... Der Preis der dreizehn Seiten...

In freien Stunden.

Von der von der Parteihandhabung... herausgegebenen illustrierten Romanbibliothek... die Fortsetzung der mit dem 1. Juli...

Der Wahre Jacob.

Nummer 25 seines 20. Jahrgangs. Der Preis der dreizehn Seiten...

Briefkasten.

\* Eine größere Anzahl Berichte... die Sperrung verhängt... die Arbeiter... die Sperrung...

Hofst. S. Das die Kollegen ihre Mitgliedsbücher zur...

Streikabrechnung.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Zweigverein Müha', 'Ausgabe', 'Aus der Kasse', etc.

Müha, den 27. Juni 1903.

Für die Mitglieder der vorstehenden Abrechnung: Ernst Grödel, Meinhold Günther...

Zentralverband der Maurer. Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Zweigverein ist verpflichtet, darauf zu achten, daß keine Unterzahlungen vorkommen. Die Kassierer sind besonders...

An alle Mitglieder und zur besonderen Beachtung für die Zweigvereinsvorstände.

Monat November ist laut Statut der letzte Beitragsmonat im Jahr; die Monate Dezember, Januar und Februar...

Reiseunterstützung

wird erst vom 1. Dezember an gezahlt, aber nur in solchen Zweigvereinen, die im Zweigvereinsverzeichnis nicht durch...

Zweigvereine,

die ein neues Mitgliedsverzeichnis haben müssen, werden ersucht, uns unter Angabe des Stärke des Buches Mitteilung zu machen.

Vom Vorstandes beauftragt

ist der neugewählte Kassierer des Zweigvereins Wonn.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Herrn Branger-Eiberfeld, Wilhelm Mühl-Eiberfeld, Adolph Groß-Weipzig...

Gefunden

wurde in Sangerhausen das Mitgliedsbuch des Kollegen S. Erendach (Buch-Nr. 43 901). Der Kollege wird ersucht, unter Angabe seines Geburtsortes und Namens, das Buch...

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 26 b des Statuts vom Zweigverein Dessau: Karl Wiedemann (Buch-Nr. 178 368); Walroder: Fritz Lange (12 921); Wodewitz: Otto Grams (94 698); Weig (45 440); Solingen-Schlitz: Hermann Rutenberg (101 048);

Josef Schmidt (100 952), August Klages (101 048), Julius Stroß (101 980), Wilhelm Förster (147 184); Goldig: August Krebs (120 921).

Aufgefordert, seinen Verbindungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Varmen-Eiberfeld der Maurer Georg Eckhoff...

Um Angabe seiner Adresse

ersucht der Zweigverein Segenberg den Kollegen Otto Krosch (Buch-Nr. 102 684).

In der Zeit vom 24. bis 30. November 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Von den Zweigvereinen in Vrennerhaven M. 800, Nowawes 500, Karlsruhe 400, Schenfeld 350, Steindal 200, Göttingen 100, Dahnwärd 31,50, Münderg 500, Hofsod 300, Erlurt und Langene 250, Naumburg 250, Verrnar 190, Waldenburg 100, Dortmund 600, Nischenbach l. Bogll. 200, Weissenfels 200, Ullm a. d. Donau 200, Fürth 150, Gramow 10, Holzwinden 4,08, Helmern a. d. Aller 19,80, Heddingen 13,09, Malchow 3, Weipzig 7,89.

Die Zweigvereins-Kassierer resp. Einnehmer von Gessen werden ersucht, auf den Postabrechnungen genau anzugeben, wofür das eingandete Geld bestimmt ist.

Zentralrankenkasse. (Gründlich zur Einzelheit.)

In der Woche vom 22. bis 28. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Sietlin M. 200, Geyndil 300, Weissenfels 200, Panow 200, Massenbübe 150, Markorn 100, Saarnund 100, Herzberg a. d. Elster 100, Sulow 100, Summa M. 1650.

—\* Anzeigen. —\*

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Todeben Mitteilung gemacht wird. Die Stelle kostet 15 A.)

- Berlin. Am 22. November verstarb unser Mitglied Fritz Hoffmann, 64 Jahre alt, an Blinddarmentzündung. Berlin. (Ecklon der Wuger.) Am 26. November verstarb plötzlich am Herzschlag unser Mitglied Alb. Haak im Alter von 46 Jahren. Dresden. Am 19. November starb unser Verbandskollege Arthur Hünzel im Alter von 27 Jahren an Keuchlufentzündung. Mainz. Das Ehrenmitglied Adam Knödler zu Grahnsheim ist am 19. November gestorben. Woldegg. Am 27. November starb unser Verbandskollege Wilhelm Nump im Alter von 70 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Sterberegeld

Ist in der Zeit vom 22. bis 28. November bezahlet worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Karl Eder-Erich (Frau), Buch-Nr. 86 884; Friedrich Mieth-Schädel (Frau), 88 863; Julius Miewes-Baunfer (Frau), 108 142; Arthur Hädel-Dresden, 108 318; Gottlieb Heil-Königsberg l. Br. (Frau), 129 498; Adam Neu-Frankfurt a. M., 88 792; Georg Gärtner-Frankfurt a. M. (Frau), 21 967; Jakob Säidling-Frankfurt a. M. (Frau), 29 033; Adam Knödler-Mainz, 40 611; Wilhelm Hietz-Berlin (Frau), 45 446; Wilhelm Thämann-Gemündendorf (Frau), 77 892.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterberegels erfolgt nur nach Einwendung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterberegeld erhebt.

Crefeld.

Reiseunterstützung wird bei Jean Maier, Tischlerer, Straße 65, ausbezahlt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Ellrich.

Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Heinrich Akermann, Vorhestraße, aus. [M. 1,20]

Emden.

Kollegen, die für die Arbeit vor dem Streik noch Lohn zu fordern haben, werden ersucht, ihre genaue Adresse sofort an uns einzuschreiben. Das Streikkomitee. [M. 1,80] J. A.: Seint. Petersen, Westküe.

Göttingen.

Die Reiseunterstützung wird im Verbandslokal bei der Bw. Achilles, Neustadt Nr. 29, Abends von 6-7 Uhr, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Harburg.

Die Reiseunterstützung wird beim Gerbergewerk Fr. Landrecht, Kariapp 19, ausbezahlt.

Um Angabe der Adresse des Kollegen Heinrich Schwerin wird ersucht. [M. 2,10] Der Vorstand.

Hann. Münden.

Die Reiseunterstützung wird vom Kassierer Ernst Pfäfer, Mühlenstraße Nr. 9, Abends von 6-7 Uhr, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Neubukow.

Unser Verbandslokal befindet sich: Am Markt, in „Stadt Hofstod“, bei Herrn Maier. Reiseunterstützung wird vom Kollegen Medlin, Ströplinerstraße, von 7-8 Uhr Abends, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Oberhausen (Rhld.).

Die Reiseunterstützung wird bei Töpp in der Berbera von 6-8 Uhr Abends ausbezahlt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Planen i. Vogt.

Die Reiseunterstützung wird zu jeder Tageszeit beim Kollegen Förster, Chrastr. 33, ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vertrauensmann.

Wolfenbüttel.

Unsere Verbandsherberge befindet sich: Fischerstraße, „Blauer Engel“. Dasselbe wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. [M. 1,50] Der Vorstand.

Der Kollege Claus Tamma, geb. am 28. Oktober 1888 zu Bolowstrug, wird gebeten, seine Adresse an den Unterzeichneten gelangen zu lassen. Otto Müller, Kassierer, Blön, Langestr. 70. [M. 1,20]

Stahndung.

Ich ersuche um Mitteilung des Aufenthalts des Maurers Bernhard Kühl, geboren am 3. Mai 1874 zu Kiel. Derselbe soll als Zeuge benannt werden. [M. 2,10] Pforzheim. Der Vork. Staatsanwalt.

Veranstaltungen-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Bestimmungen der dem Organisationsrat der jeweiligen Nummer des Wortes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen bei jeder Versammlung besonders eingeleitet werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unleserlichen Händen sein.)

- Verbandsveranstaltungen der Maurer. Ahrensböck. Die Mitgliedsversammlungen finden von jetzt an beim Gesp. wirt 4 a m 8 in Ahrensböck statt. Ahrensböck. Sonnabend, 5. Dezember. Tagesordnung: Renewal des Vorstandes. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. Ahrensböck. Sonntag, 6. Dezember. Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokal. Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Ahrensböck. Berlin. (W. b. l. v. a. n. e. r.) Vorm. 10 Uhr bei Sonnensicht, Dörfstr. 10. E.-D.-Vorzug, Nachtrichter Besuch und erwartet. Ahrensböck. Elrich. Nachmittags 3 Uhr im „Schützenhaus“. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Ahrensböck. Frankenhause (Kyth.). Nachm. 4 Uhr im „Barbaroskopfen“. Vollständiges Erscheinen notwendig. Mitgliedsbücher mitbringen. Ahrensböck. Gransee. Nachmittags 4 Uhr im Brauhaus Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Ahrensböck. Hamburg. (Remontier- und Pannfleinarbeiter.) Nachm. 8 Uhr. Es wird jed. Kollege zur Wohl gemacht, zur Versammlung zu erscheinen. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal. Nach dem Erscheinen ist mitzubringen. Ahrensböck. Lychen. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. Ahrensböck. Seesen. Nachmittags 3 Uhr im Hotel „Post“. Alle Kollegen werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Ahrensböck. Werder a. Rh. Regelmäßige Mitgliedsversammlung. Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Ahrensböck. Wilsdorf. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal. Wahl der Neuwahlen, alle Kollegen müssen erscheinen. Ahrensböck. Zerbst. Nachmittags 3 Uhr Generalversammlung. Vorstandswahl und Ausarbeitung des Jahresberichts. Ahrensböck. Dienstag, 8. Dezember. Ahrensböck. Bitterfeld. Abends 7 Uhr. Um geistlichen Besuch wird gebeten. Ahrensböck. Liegnitz. Abends 6 Uhr im Restaur. „Sonnensud“. Um geistlichen Erscheinen wird gebeten. Ahrensböck. Spandau. Abends 8 Uhr bei Böhs, Neumittlerstr. 6. Um geistlichen Erscheinen wird gebeten. Ahrensböck. Sonnabend, 12. Dezember. Ahrensböck. Meerane. Abends 8 Uhr im Vereinslokal „Zonhals“. E.-D.: Renewal der Verwaltung. Jeder Kollege hat zu erscheinen. Ahrensböck. Sonntag, 13. Dezember. Ahrensböck. Bleckede. Nachmittags 3 Uhr bei Oberst. Das Erscheinen aller Kollegen ist sehr notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Ahrensböck. Glauchau. Nachmittags 3 Uhr im „Weiden Weg“. Wahl der Verwaltung. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist notwendig. Ahrensböck. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kux & Co. in Hamburg.